

Sozialpolitik

22. Juni 2017 11:52

## Neue Landesregierung vergisst das Soziale



Das hat es in der mehr als 70-jährigen Landesgeschichte von NRW noch nie gegeben: Im schwarz-gelben Koalitionsvertrag ist ein Sozialministerium einfach nicht mehr vorgesehen. Das allein zeigt schon mehr als deutlich, wo die schwarz-gelben Prioritäten liegen und wohin die Reise mit Laschet und Lindner gehen soll. Aber auch in anderen Details des Koalitionsvertrages wird deutlich, dass diese künftige Landesregierung schädlich für die Stadt Gladbeck, für Lohnabhängige und Erwerbslose wie auch für Mieter ist.

Der Kommunal-Soli mit einem Umfang von 91 Millionen Euro soll 2018 ersatzlos abgeschafft werden. Im Koalitionsvertrag heißt es zwar: ‚Dadurch wird keine Kommune schlechter gestellt.‘ Wie sie dies sicherstellen wollen, darüber verlieren die schwarz-gelben Koalitionäre aber kein einziges Wort. Daher ist zu befürchten, dass Gladbecks Haushalt noch tiefer in die roten Zahlen rutscht. Sorgen machen müssten sich auch die Mieter. Schwarz-Gelb will die Kappungsgrenzenverordnung und die Mietpreisbegrenzungsverordnung aufheben – das bedeutet noch stärker ansteigende Mieten in dem angespannten Wohnungsmarkt in Gladbeck und ganz NRW.

Die geplante Aufweichung des Tariftreue- und Vergabe-Gesetzes, die Ausweitung der Sonntagsöffnungen, die angestrebte Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes und der angekündigte weitere Stellenabbau in der Landesverwaltung – das alles geht zu Lasten der Lohnabhängigen. Eine Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit ist zwar im Koalitionsvertrag als Ziel formuliert, aber wie das konkret erreicht werden soll, wird nicht verraten. Entweder fehlen den Schwarz-Gelben die Ideen oder sie haben sich einfach keine Gedanken darüber gemacht. Auch auf die Frage wie endlich mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden können und wie grundsätzlich mehr gute sozialversicherte Beschäftigung entstehen kann sind im Koalitionsvertrag keine schlüssigen Konzepte zu finden.

Die neue Landesregierung ist ein sozialpolitischer Totalausfall. Wir LINKEN in Gladbeck und in NRW werden diesem kaltherzigen und unausgewogenen Regierungsprogramm entschieden entgentreten.

[Rüdiger Jurkosek\(r.jurkosek@web.de\)](mailto:r.jurkosek@web.de)[Permalink](#)[Kommentare 0](#)

Anzahl Aufrufe: 2

[Autobahnkreuz/Bürgermeister/DIE LINKE/Kommunalpolitik/Lokalpolitik](#)

8. Juni 2017 20:34

## Paradigmenwechsel bei den Grünen in Gladbeck?

**8. Juni 2017**

Überraschenderweise haben die Gladbecker Grünen bemerkt, dass Wittringen unser wichtigstes Naherholungsgebiet ist. Bisher hatten sie sich dafür nicht interessiert. Sie waren im Gegensatz zu allen übrigen Grünen in der Region stets Vorkämpfer für den Bau der Autobahn 52 mit einem riesigen Autobahnkreuz in Wittringen. Das Freizeitgebiet würde durch die Emissionen die vom Autobahnkreuz ausgehen immens belastet werden. Jetzt stilisieren die Grünen ausgerechnet die

am schlimmsten verlärmte Brachfläche in ganz Gladbeck an der Kreuzung B224/ Phönixstraße zum schützenswerten Erholungsgebiet, wohl wissend, dass der von ihnen befürwortete Tunnelschlund die Lärmbelastung dort noch verschlimmern wird. Der Fachmann staunt, der Laie wundert sich.



**Luftaufnahme des Wasserschlosses Wittringen in der Stadt Gladbeck.  
Marcel Reidock • CC BY-SA4.0 - Wikipedia**

Haben die in Gladbeck von den Grünen bei der Landtagswahl erzielten mageren 3,21 % zu einer Panikreaktion geführt? Anscheinend wollen die Grünen nun wieder grün werden und beginnen ausgerechnet beim Lieblingsprojekt ihres eigenen Kooperationspartners, der SPD. Es ist kaum glaubhaft, dass der grüne Ratsherr Wegener erst jetzt von der Absicht des Bürgermeisters erfahren hat, Wittringen für 60 Jahre kostenlos in die Hände eines Investors zu legen. Auch dem Verzicht auf eine "große Ausschreibung" haben die Grünen bisher nie widersprochen. Die hätte in der Tat evtl. ein größeres Angebot an innovativen Planungen gebracht, aber auch die Gefahr, dass der meistbietende Investor Mc Donalds oder Pizza Hut geheißen hätte. Wollen wir die auf Schloss Wittringen sehen?

Der Bürgermeister hat angekündigt, dass er die Vergabe an den Investor dem Stadtrat zur Entscheidung vorlegen wird. Dann können die Grünen sich in die demokratische Debatte einbringen. Auf die Abstimmung ist die LINKE gespannt. Auf jeden Fall muss bei einer langfristigen Vergabe Wittringens die Mitsprache der Bürger gesichert bleiben, ansonsten wird die LINKE den Vergabevertrag ablehnen.

Was jetzt auf Wittringen zukommt, ist nicht vorhersehbar. Da wird mit einer Stiftung der Anschein von Gemeinnützigkeit geweckt. Wenn diese rechtliche Konstruktion nur der Beschaffung von Landesmitteln und der Steuerersparnis dient wird DIE LINKE dies an die Öffentlichkeit bringen. Die Entwicklung eines gewerblichen Freizeitparks unter Einsatz von Steuergeldern lehnt DIE LINKE ab. Wittringen muss als Wittringen erkennbar bleiben.

**Mehr über Wittringen hier: [de.m.wikipedia.org/wiki/Schloss\\_Wittringen](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Schloss_Wittringen)**

[Ralf Michalowsky\(ralf@michalowsky.de\)](mailto:ralf@michalowsky.de)[Permalink](#)[Kommentare](#) 0

Anzahl Aufrufe: 6

[Bürgermeister/Demokratie/Gladbeck/Kommunalpolitik/Kommunalwahl/Landtagswahl](#)

7. Juni 2017 16:50

## DIE LINKE senkt in Gladbeck die Meldegrenze für Parteispenden



Wer hohe Geldbeträge an eine Partei spendet, steht im Rechenschaftsbericht der jeweiligen Parteigliederung. Ab 10.000 Euro müssen die Bundes- und Landesparteien die Einzelspenden und ihre Spender aufführen. Summen über 50.000 Euro müssen dem Bundestagspräsidenten gemeldet werden. Es ist aber kein Geheimnis, dass Großspender auch in der örtlichen Politik mitmischen, ohne dass es bekannt wird.

Nach geltender Rechtslage sind Spenden an eine Partei, deren Gesamtwert in einem Kalenderjahr 10.000 Euro übersteigt, unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders sowie der Gesamthöhe im Rechenschaftsbericht der Partei zu verzeichnen. Unzulässig sind Spenden, die der Partei erkennbar in Erwartung oder als Gegenleistung eines bestimmten wirtschaftlichen

oder politischen Vorteils gewährt werden.

Die Veröffentlichungsgrenze lässt sich jedoch leicht umgehen, wenn mehrere natürliche Personen unterhalb der 10.000er-Grenze spenden. Zum Beispiel können verschiedene Familienmitglieder oder mehrere Geschäftsführer bis zu jeweils 9999,- Euro spenden und bleiben dabei anonym.

DIE LINKE hält eine Grenze von nur 1.000 Euro für sinnvoll und veröffentlicht freiwillig alle Spenden über 1000,- Euro auf ihrer Webseite ( [http://www.dielinke-gladbeck.de/.../parteispenden\\_in\\_gladbeck/](http://www.dielinke-gladbeck.de/.../parteispenden_in_gladbeck/) ). Die anderen Gladbecker Parteien sind ebenso aufgefordert, freiwillig alle Spenden ab 1.000 Euro zu veröffentlichen.

[Ralf Michalowsky\(ralf@michalowsky.de\)](mailto:ralf@michalowsky.de)[Permalink](#)[Kommentare](#) 0

Anzahl Aufrufe: 11

[Radschnellweg](#)

1. Juni 2017 11:16

## DIE LINKE in Gladbeck begrüßt Studie zum RSMR

Die Ratsfraktion DIE LINKE. Gladbeck begrüßt die Studie für den Radschnellweg RSMR von Gladbeck über Bottrop nach Essen. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass der Radweg auch zur Entlastung der B 224 Sinn macht und schlägt eine Streckenführung vor. Dabei ist die Trassenführung in den Abschnitten von Essen nach Bottrop und in Gladbeck selbst ausgesprochen gut gelöst. Der Radschnellweg führt dort getrennt von anderen Verkehrswegen über alte Bahndämme oder entlang von Wasserläufen, so dass der Anspruch einer kreuzungsfreien Trassenführung in ausreichender Breite voll erfüllt wird.

Die Trassenführung in Bottrop wirft aber Fragen auf. Gerade an der Gladbecker Straße wird es zu Nutzungskonflikten kommen, gar nicht so sehr, weil Parkstreifen wegfallen müssten, sondern weil das hohe Verkehrsaufkommen durch LKW, PKW und Busse sowie die teilweise hohe Fußgängerfrequenz keinen kreuzungsfreien Radweg zulässt. Durch diese vorgeschlagene Trassenführung wird es



kaum, oder nur umwegig möglich sein die südlichen Gladbecker Stadtteile Brauck und Butendorf an den RSMR anzubinden. Dabei war dieser Radweg im Groschek-Paket als Kompensation für die Nachteile der A52 angedacht. Gerade der Gladbecker Süden, der am meisten unter den negativen Auswirkungen des Autobahnbaus und dem Wegfall des Radweges entlang der B 224 leidet wird durch die vorgestellte Trassenführung vom neuen Radschnellweg abgekoppelt. Aus Bottroper Sicht stellt sich das Ganze natürlich anders dar. Bottrop bekommt eine sehr gute Radwegeverbindung nach Essen und nebenbei wird auch die Gladbecker Straße komplett erneuert.

Die absehbaren Nutzerkonflikte und Leistungseinschränkungen in der vorgestellten Trassenführung könnten die neue schwarz-gelben Koalitionspartner im Land NRW dazu verleiten die Planung und Realisierung des RSMR in unserer Region zu blockieren. Der RSMR könnte damit zur Nagelprobe über die Werthaltigkeit der Groschek-Versprechen werden.

[Rüdiger Jurkosek\(r.jurkosek@web.de\)](mailto:r.jurkosek@web.de)[Permalink](#)[Kommentare 0](#)

Anzahl Aufrufe: 6

[Gladbeck/Sozialer Wohnungsbau](#)

22. Mai 2017 19:06

## Gladbeck ist ein trauriger Platz zum Wohnen

Trauriger Platz für Gladbeck im Sozialwohnungsranking. Im Landesschnitt werden 37 neue Wohnungen auf 10.000 Einwohner gebaut. In Gladbeck kommen wir gerade mal auf 16 neue Wohnungen. Es ist schwer mittlerweile noch eine bezahlbare Wohnung zu finden.

David Sperl, Bundestagskandidat der LINKEN dazu: "Sucht eine 4-köpfige Familie eine 80qm große Wohnung, ist man schnell bei einer Kaltmiete von 600 bis 700 Euro und dann kommen die Nebenkosten noch einmal oben drauf."

Wie DIE LINKE bereits im Wahlkampf forderte, müssen jährlich 100.000 Sozialwohnungen in NRW gebaut werden. Die kommende Landesregierung ist nun in der Verantwortung.

Sperl: "Ich hoffe, dass sie es nicht so verschläft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen wie SPD und Bündnis 90/die Grünen?"

Leider fehlte es an genügend Stimmen für DIE LINKE. NRW um hierzu im Landtag Druck von Links machen zu können. Aber auch außerhalb des Parlamentes wird DIE LINKE für bezahlbaren Wohnraum kämpfen.

[Rüdiger Jurkosek\(r.jurkosek@web.de\)](mailto:r.jurkosek@web.de)[Permalink](#)[Kommentare 0](#)

Tags: [sozialer wohnungsbau](#)

Anzahl Aufrufe: 8

- 1. [1](#)
- 2. [2](#)
- 3. [3](#)
- 4. [4](#)
- 5. [...](#)
- [Nächste >](#)
- [Letzte >>](#)

---

1. MAI 2015

## Rückerstattung der Kita- Betreuungsgebühren

DIE LINKE unterstützt die vom Streik betroffenen Kinder, Eltern und Betreuer. Auf der Internetseite der LINKEN in Gladbeck kann ein Musterschreiben heruntergeladen werden, mit dem Die Eltern die Gebühren für nicht erbrachte Betreuungsleistungen von Jugendamt zurückfordern können.

Bisher wurden von Jugendamt keine Notgruppen in Gladbeck eingerichtet, wenn es jetzt zu mehrtägigen Schließungen der KITAs durch Streikmaßnahmen kommt, dann werden die

Belastungen für berufstätige Eltern kaum noch zu stemmen sein. Diese ganze Situation belastet auch das Betreuungs-Personal. Die Eltern äußern ihren Unmut, sie wissen nicht, was sie tun sollen. Die Erzieher befinden sich in einer Zwickmühle, denn sie wollen einfach nur ihre gute Arbeit leisten, aber zu besseren und angemesseneren Bedingungen.

Der Stillstand der Tarifverhandlungen ist eigentlich nicht mehr nachvollziehbar. Der Tarifvertrag im Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste hatte eine Laufzeit bis zum 31.12.2014, somit war für die Arbeitgeberseite absehbar, dass bei Ausbleiben einer Aufwertung des Berufsfeldes eine Tarifaueinandersetzung folgt. Die Arbeitgeber können sich das Recht herausnehmen, die berechtigten Forderungen abzulehnen, denn sie tragen den Schaden ja nicht. Wenn man den Verdienstausfall der betroffenen Eltern oder die entstandenen zusätzlichen Betreuungskosten berechnet, käme ein beachtlicher Betrag zusammen. Aber für diese Schäden müssen die Eltern bisher allein aufkommen. DIE LINKE fordert alle betroffenen Eltern auf, die Gebühren für nicht erbrachte Betreuungsleistungen zurückzufordern und damit auch Druck auf der Arbeitgeberseite zu erzeugen.

[Download Musterbrief](#)

## **Gezielte Desinformation oder unfassbare Dummheit der CDU?**

Vor dem Hintergrund der von Autobahnkritikern ermittelten Kosten in Höhe von etwa 500 Millionen Euro für einen Immissionsschutz tunnel in Gladbeck, haben der Bundestagsabgeordnete Sven Volmering aus Rhede bei Borken (CDU) und die Gladbecker CDU diese Kostenschätzung öffentlich als wilde Spekulation und falsche Berechnung verunglimpft. Diese Vorwürfe beruhen auf einem Sachstandsbericht, der vom Parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann, MdB, angefordert wurde. Laut Volmering würde der gewünschte Tunnel durch Gladbeck nur rund 130 Millionen Euro kosten. Auf der Webseite von Volmering ( [www.sven-volmering.de/home/A52-\\_130statt500Millionen\\_fuer\\_Tunnelloesung](http://www.sven-volmering.de/home/A52-_130statt500Millionen_fuer_Tunnelloesung) ) wird die Stellungnahme von Ferlemann vom 18. März 2015 wörtlich so zitiert: „Für den geplanten Ausbau der B224 zur A52 im Raum Gladbeck wird im Rahmen der Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans 2015 die ursprüngliche Vorschlagvariante ‚Tunnel-Galerie I‘ des Landes Nordrhein-Westfalen bewertet, die bereits eingehend untersucht und zwischen Bund und Land abgestimmt wurde. Die ehemals angesetzten Kosten von 97 Mio. € haben sich aufgrund neuer Regelwerke und der Baupreisentwicklung erhöht und betragen für diese Lösung nunmehr rd. 130 Mio. €.“

Volmering und die Gladbecker CDU setzen damit das heute zwingend erforderliche, umfassende Tunnelbauwerk mit der längst überholten, weitgehend offen geführten „Vorschlagvariante I“ gleich. Diese Variante wurde 2006 von Straßen NRW in Gladbeck vorgestellt. Es ist bisher die einzige Variante für den Bau der A52 in Gladbeck, für die es einigermaßen detaillierte Planungen gibt. Sie beinhaltet eine Autobahn in Troglage, die im Bereich zwischen Grabenstraße und Phönixstraße eine Teilabdeckung durch eine Ortsfahrbahn erhält und nur in kurzen Bereichen komplett abgedeckt wird. Diese Vorschlagvariante, die nur den verkehrlichen Erfordernissen und nicht dem Schutz der Bevölkerung diene, wurde schon damals einhellig von allen Fraktionen im Rat der Stadt Gladbeck abgelehnt. Die WASG (Vorläufer-Organisation der LINKEN) stellte schon 2006 fest, dass für ein Tunnelbauwerk für den Immissionsschutz die Tunnelportale außerhalb der geschlossenen Bebauung liegen müssen.

Die von Autobahnkritikern ermittelten Kosten in Höhe von etwa 500 Millionen Euro für einen Immissionsschutz tunnel in Gladbeck scheinen also durchaus richtig zu sein. Auch die Bundesregierung hat sie nicht dementiert, sondern nur, um den Betroffenen vor Ort Sand in die Augen zu streuen, Äpfel mit Birnen verglichen.

Volmering und die Gladbecker CDU vergleichen dagegen ernsthaft eine offene Autobahn, die keine

Tunnel-spezifische Technik benötigt, mit einem vollwertigen Immissionsschutz tunnel, wie er im Düsseldorfer Umland Standard ist. Wenn die Bundesregierung jetzt auf einen Planungsstand von 2006 zurückfällt, dann muss auch die Frage gestattet sein, über was denn am 6. März in Berlin überhaupt gesprochen wurde.

Die Gladbecker sollten sich nicht durch die aktuellen Ablenkungsmanöver der Bundespolitiker, die den Bürgern vorgaukelt, es ginge im aktuellen Planfeststellungsverfahren um eine Tunnelführung der A52 durch Gladbeck, von Einwendungen gegen den Plan abhalten lassen. Im Gegenteil, gerade diejenigen, die sich den Tunnel wünschen, müssen den offen gelegten Plan ablehnen, denn er enthält keinen Tunnel und zementiert den jetzigen Zustand der B 224 für viele Jahre. Die selben Politiker wie heute haben den Gladbeckern schon beim Ratsbürgerentscheid Versprechungen gemacht, die sie danach nicht eingehalten haben. Wenn die jetzt ins die Diskussion gebrachten Tunnelversprechen ernst gemeint wären, hätte das begonnene Planfeststellungsverfahren sofort ausgesetzt werden müssen, um den Bürgern dann eine Planung aus einem Guss mit Tunnel präsentieren zu können. Genau dieses Vorgehen hat der Rat der Stadt am 18.09.2014 mit großer Mehrheit gefordert, passiert ist das jedoch nicht.



Im Ganzen kann nur angenommen werden, das diese Versprechungen nur gemacht werden, um damit in die bisher geschlossene politische Front gegen Bau des Autobahnkreuzes bei Wittringen einen Keil zu treiben. Das könnte sogar gelingen.

Landesminister Groschek hat ja bei der Diskussion am dritten Februar noch die Chance, das laufende Verfahren zu beenden und den Gladbeckern danach eine umfassende Planung für das gesamte Stadtgebiet vorzulegen, die aufzeigt was mit der B 224 in Gladbeck geschehen soll. Alles andere sind blutleere Versprechungen, die nicht einmal das Papier Wert wären, auf die man sie sicherheitshalber nicht schreibt.

Das Land NRW hat die Planfeststellung für die A52 ab Wittringen in Richtung Essen eingeleitet, obwohl sie das Gegenteil versprochen hatte. Offiziell will diese „Höchststrafe“ (BM Roland) für Gladbeck hier natürlich niemand. Aber warum wird von der CDU in diesem Zusammenhang über einen Bau der A52 durch Stadtmitte geredet? Der steht gar nicht zur Debatte und es gibt keine Pläne dafür, schon gar nicht mit Tunnel. Antwort: Weil es die Hintertür ist, durch die von der CDU das Riesenkreuz bei Wittringen doch möglich gemacht werden soll.



Noch im März 2012 haben die Gladbecker Bürger in einer Abstimmung den Bau der A52 abgelehnt. Weil diese Bürgerentscheidung nur eine bindende Gültigkeit von zwei Jahren hat, hat der Rat der Stadt im Februar 2014 -gegen die Stimmen der CDU Fraktion- den Ratsbürgerentscheid bestätigt und beschlossen, weiterhin daran gebunden zu sein. Die Gladbecker CDU wäre gut beraten, diese demokratischen Beschlüsse zu achten.

Bereits direkt nach dem Ratsbürgerentscheid stellte sich heraus, dass die Mehrheit des Stadtrates das demokratische Votum der Bürger nicht in eigene Beschlüsse gegen den Autobahnbau umsetzen würde. Alle Beschlussanträge in diese Richtung wurden sowohl von der CDU Fraktion,

als auch von SPD, Grüne, FDP und BIG bekämpft. Offenbar wollten diese Fraktionen die zweijährige Bindungsfrist des Ratsbürgerentscheides von vornherein aussitzen, um danach die Möglichkeit zu haben, den Autobahnbau erneut zu fordern. Das ist es, was wir nun bei der CDU zu sehen bekommen. Die LINKE fürchtet nun auch den Dammbbruch bei der SPD.

Dann bekämen die Bürger am Ende eine noch schlechtere Lösung als die, die sie im Ratsbürgerentscheid abgelehnt haben: Nämlich nur das Autobahnkreuz und keinen Tunnel. Welchen demokratischen Anspruch hat die CDU eigentlich in Gladbeck noch? Sie sortiert sich selbst in die allerunterste demokratische Schublade ein. Hoffen wir, dass die SPD sich nicht dazugesellt.

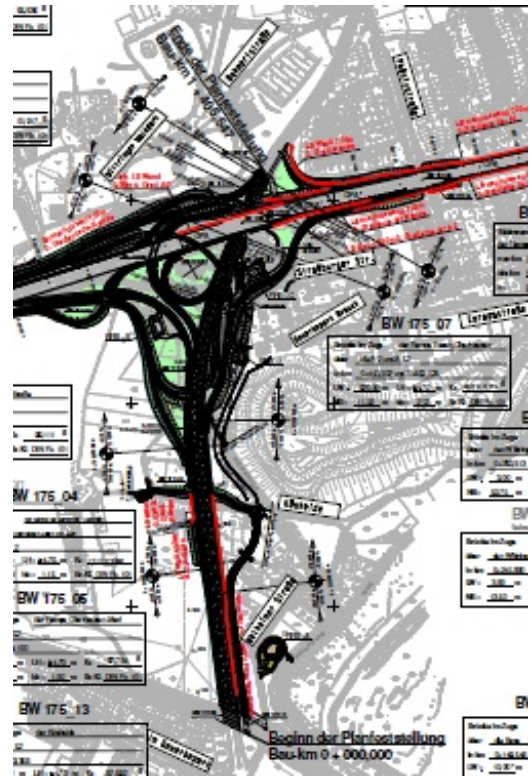
## Informationsveranstaltung zur A52 - Donnerstag 20. Januar

### DIE LINKEN haben den Plan

Die LINKE in Gladbeck lädt für Donnerstag, den 29.01.2015 um 19:00 Uhr, alle interessierten Gladbecker zu einem Informationsabend zum Planfeststellungsverfahren für die A 52 ins "Mittendrin" in der Lambertstraße 7 ein.

Die Planungen von Straßen.NRW, für die die Planfeststellung beantragt wurde, werden vorgestellt. Hierbei kann sich jeder selbst davon überzeugen, ob Straßen.NRW ein Autobahndreieck mit Ampelsteuerung geplant hat, oder ob dies nur böswillige Unterstellungen sind. Weiter wird die in den Planungen dargestellte Anbindung des Gewerbeparks und des Stadtteils Brauck beleuchtet. Des Weiteren gibt es eine Analyse des für die Planfeststellung vorgelegten Verkehrsgutachtens. Zudem gibt es Informationen zu der Möglichkeit Einwendungen zu den Planungen zu erheben.

Interessierten MitbürgerInnen, die sich den Plan in seiner ganzen Pracht ausführlich ansehen möchten, stehen die Türen am 29.01.2015 schon ab 18:00 Uhr offen. Darüber hinaus kann der Plan zu den Öffnungszeiten jeden Montag 10:00 bis 12:30 Uhr, Mittwoch 16:00 bis 18:00 Uhr und Freitag 15:00 bis 17:00 Uhr in Augenschein genommen werden.



## Offenes WLAN auf der Lambertstraße

### DIE LINKE stellt Freifunknetz in Betrieb

Rüdiger Jurkosek, Stadtverbandssprecher DIE LINKE Gladbeck

18.01.2015

Kostenlos und "unbürokratisch" auf der Lambertstrasse surfen

### DIE LINKE bietet Freifunk an

Die Stadt Gladbeck tut sich bekanntermaßen mit der Bereitstellung kostenfreier Internet-Hotspots in der Innenstadt schwer. Bisläng wurden nur kostenpflichtige Angebote angekündigt und auch in den öffentlichen Einrichtungen tut sich nichts Fortschrittliches.



DIE LINKE macht nun den Anfang und bietet Freifunk an. Wer die Lambertistrasse zwischen der Lambertikirche und der Stadtparkasse betritt, kann ab sofort kostenlos und ohne irgendwelchen Anmeldeschnickschnack mit seinem Smartphone oder Tablet im Internet surfen. Einfach das WLAN einschalten und ab geht es ohne Kennwort - die Geräte loggen sich sofort ein.

Bisher war sowas nicht ungefährlich, jedenfalls für den Anbieter des Internetzugangs. Wenn jemand über das Internet Straftaten beging, war derjenige reif für das Gericht, der den Zugang bereit gestellt hatte. Freifunk bietet durch Umgehung der Störerhaftung die Lösung aus diesem Dilemma und will die Demokratisierung der Kommunikationsmedien durch freie Netzwerke fördern. Ziel ist der Aufbau eines Mesh-Networks, das sich über eine ganze Stadt legen kann - wenn viele mitmachen.

Besonders profitieren werden die Gäste der beiden Cafes auf der Lambertistrasse, die nun in den Genuss des kostenfreien WLAN kommen. DIE LINKE informiert gern über das System und hofft auf Nachahmer, damit die Innenstadt bald flächendeckend im Netz und damit attraktiver ist.

Informationen gibt es auch auf: <http://freifunk-nrw.de/>

## Stadtspitze hat die Bürgerinteressen aus dem Blick verloren



*Ralf Michalowsky - Landtagskandidat für DIE LINKE in Gladbeck und Dorsten*

Erst wollte man den ZBG wieder in die Stadtverwaltung eingliedern, angeblich könne man dadurch einige Hunderttausend Euro einsparen. Tatsächlich wollte man die volle Handlungshoheit bei den kommenden Kürzungen zurückgewinnen. Durch die mangelhafte finanzielle Ausstattung der Kommunen wird in Gladbeck in den nächsten Jahren gnadenlos gekürzt. Man wird es "Verschlankung" nennen, aber es bedeutet Qualitätsverlust.

Dann kam die Abstimmung über den angeblichen Tunnel, das Autobahnkreuz, den Überflieger und die Transitautobahn. Aufhänger für das Projekt war ein Betrag von zwei Mio. Euro, den die Stadt beisteuern sollte. Das Phantasiegebilde des Bürgermeisters haben die Wähler auch so eingeschätzt und ihm mit 56 % eine Niederlage verpasst. Seine

Verhandlungspartner in Land und Bund haben inzwischen andere Aufgaben - sie wurden abberufen. Sowohl im Landes-, als auch im Bundesverkehrsministerium ist man sauer über die Art und Weise, wie man versucht hat die Bürger auszutricksen und "fahrlässig" einen Bürgerentscheid herbei geführt hat. Die Zusagen waren den Händedruck nicht wert mit dem sie versprochen wurden. Aber jetzt haben Land und Bund den Bürgerwillen im Nacken.

Das dritte Beispiel ist die Entstellung des historischen Schlossensembles Wittringen durch einen Riesenpavillon und parkende Bier-LKW. Man will wieder mal modern sein, wirtschaftsnah und aufgeschlossen. Wenn man weiß, dass der Sohn des Urschalkers Charlie Neumann der Pächter ist, dann ahnt man auch, wie der Konflikt mit dem Denkmalschutz ausgeräumt wurde. Dem Kleinunternehmer, der in den letzten Jahren den Kahnverleih wieder reaktiviert hatte, wurde der Verkauf von Getränken, Eis und sonstigen Dingen, die evtl. den Spaßfaktor erhöht und für einen ökonomischeren Betrieb hätten sorgen können, nicht gestattet.

In Gladbeck kommt es eben auf die richtigen Beziehungen an - mehr als je zuvor!

Doch ich habe Hoffnung, dass Gladbecks Bürger aus ihrem Transitautobahnerfolg gelernt haben und jetzt wissen, dass in der biblischen Geschichte von David und Goliath, dem feindlichen Philister, ein wahrer Kern steckt.



- [Startseite](#)
- [Impressum](#)
- [Kontakt](#)
- 
  
- [pdf](#)
- [Drucken](#)
- 

QUELLE: [HTTP://WWW.DIELINKE-GLADBECK.DE/START/UNSER\\_BLOG/](http://www.dielinke-gladbeck.de/start/unsere_blogs/)